

Widersprüche im „umfassenden Entlastungspaket“ der Ampelkoalition

Unsoziale Energiepolitik

Der Ukraine-Krieg hat den Benzin- und Dieselpreis über zwei Euro klettern lassen. Doch ein steigender Verbrauch nach Corona, ein geringeres Angebot und die Energiewende haben die Kaufkraft schon vorher angegriffen: Der Verbraucherpreisindex lag im Februar bei 5,1 Prozent – bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen betrug die Inflationsrate sogar 22,5 Prozent. Hier haben das 2021 in Kraft getretene nationale Emissionshandelssystem mit Festpreisen für die CO₂-Zertifikate und die EEG-Umlage für Ökostrom-Produzenten eine erhebliche Verteuerung bewirkt. Hinzu kommen die aktuellen, teils spekulativ bedingten Knappheitspreise. Während der CO₂-Preis den Verbrauch knapper Umweltressourcen lenken soll, ist die EEG-Umlage eine Subvention für eine politisch gewollte regenerative Stromerzeugung, die unter marktlichen Verhältnissen keinen Bestand hätte – also eine staatliche Technologiesteuerung.



von
Dirk Meyer

„Innovations-offenheit ist entscheidend für eine nachhaltig-erfolgreiche Wirtschafts-entwicklung.“

In beiden Fällen zahlt der Verbraucher eine „Umweltsteuer“. Die Ampelkoalition hat nun aber ein „umfassendes Entlastungspaket“ (Lars Klingbeil) beschlossen: Die EEG-Umlage (etwa elf Prozent des Strompreises) soll zum 1. Juli wegfallen. Die Pendlerpauschale wird rückwirkend zum 1. Januar ab dem 21. Kilometer von 35 auf 38 Cent angehoben. Das bringt Privathaushalten 6,6 Milliarden Euro und Fernpendlern etwa 300 Millionen Euro jährlich. Doch beide Maßnahmen konterkarieren die angestrebte Energieeinsparung: Stromverbrauchseinsparung wird weniger belohnt und es gibt weniger Anreize für wohnortnahe Arbeiten. Zudem ist das nichts anderes als „linke Tasche, rechte Tasche“, denn die Erleichterungen führen zu einer Zusatzbelastung des Staatshaushaltes – oder möglicherweise zu Ausgabenkürzung anderswo.

Ein weiteres Beispiel für einen Markteingriff mit fragwürdigen umwelt- und sozialpolitischen Folgen ist die „Innovationsprämie“ für E-Autos von bis zu 9.000 Euro. Dabei dürfte klar sein, wer sich einen VW ID.4 (ab 38.915 Euro) oder Tesla 3 (ab 46.560 Euro) vornehmlich leistet. Abgesehen von dem Streit, ob denn E-Autos über den gesamten Lebenszyklus derzeit tatsächlich klimaschonender sind, gerät der Bonus zur Subvention für die „Besserverdienenden“. Die bis Ende 2022 geltende Mindesthaltedauer von nur sechs Monaten hat bei einigen Autohändlern zu einer pfiffigen Vertragskonstruktion geführt: „Tesla Model 3 kostenlos fahren für sechs Monate – Verbindlicher Ankauf nach sechs Monaten!“ Danach geht der Wagen nach Dänemark, wo er bis zu 14.000 Euro mehr kostet als in Deutschland. Das grüne Wirtschaftsministerium war lernfähig und hat ab 2023 die Haltedauer auf ein Jahr verlängert.

Nicht der in die Knappheitspreise eingreifende „Gutmensch-Politiker“, sondern der um sozialen Ausgleich bemühte „Markt-Politiker“ ist gefragt. Konkret hieße dies, die zumeist nur kurzfristig hohen Energiepreise zuzulassen, die knappheitsmindernden Anpassungsreaktionen durch Einsparungen, Angebotserhöhungen und Technologieoffenheit abzuwarten und bis dahin einen allgemeinen sozialen Ausgleich in Form von Sozialtransfers an einkommensschwache Haushalte zu gewähren. Hier sind die Sofortzuschläge für Bezieher von Hartz IV, Grundsicherung oder Sozialhilfe von einmalig 100 Euro und der Kinderbonus von 20 Euro pro Monat allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Ökoenergien und Atomkraft reichen nicht für die Energiesicherheit

Schwarzbraun statt grünelb

Von Jörg Fischer

Der Ukraine-Krieg läßt keinen ideologischen Stein auf dem anderen. Finanzminister Christian Lindner, der einst gern mit der Schuldenbremse hantierte, will 100 Milliarden Euro mehr für die Bundeswehr und doppelt soviel für den Klimaschutz. Doch die FDP-„Freiheitsenergien“ reichen nicht für Industrie, Haushalte und Millionen E-Autos.

Aus Bayern kommen praktischere Ideen: Ludwig Hartmann, seit 2013 Fraktionschef der Grünen im Landtag, forderte am „Sonntagsstammtisch“ des Bayerischen Rundfunks, die Heizung von 22 auf 21 Grad runterzudrehen. Das würde sechs Prozent Erdgas sparen. Der rumänische KP-Chef Nicolae Ceausescu war mutiger: Sein „Dekret über einige Maßnahmen zur Rationalisierung des Verbrauchs an Naturgasen und Elektroenergie“ verordnete vor 35 Jahren unter zwölf Grad – nur die Wasserleitungen in den Plattenbauten durften nicht plätzen.

Hubert Aiwanger, der als Chef der Freien Wähler das Ohr am Volk hat, versprach in der *Augsburger Allgemeinen*, „auf dem Weltmarkt jede verfügbare Kohle anzuschaffen, die wir bekommen können, um die Lager für mehrere Monate im voraus zu befüllen“. Das Steinkoh-

lekraftwerk Zolling im Landkreis Freising habe Lagerbestände „für mehrere Monate, Nachschub ist bereits auf dem Weg“, versicherte der bayrische Wirtschaftsminister. Aber Zolling liefert nur 542 Megawatt (MW), das benachbarte AKW Isar II hingegen 1.485 MW – doch das soll zum Jahresende abgeschaltet werden. Deswegen Laufzeit ließe sich theoretisch verlängern. Auch das 2021 abgeschaltete AKW Gundremmingen (2.688 MW) ist noch nicht gesprengt.

Das Atomgesetz läßt sich ändern. Doch wo sollen kurzfristig die nötigen Brennstäbe und Bedienmannschaften herkommen? Frührentner lassen sich im Ernstfall dienstverpflichten, aber die Ausbildung von Fachkräften dauert Jahre. Einfacher wäre die Reanimation und der Neubau von Braunkohlekraftwerken. Das rheinische Kraftwerk Neurath liefert 4.400 MW, Jämschwalde in der Lausitz bietet 3.000 MW. Und dieses Grubengold ist der einzige heimische Energierohstoff, der ausreichend vorhanden ist. Die auf 36 Gigatonnen geschätzten Reserven reichen für Jahrzehnte. Auch Öl- und Gaslagerstätten gibt es in Deutschland. Und vielleicht entdeckt Lindner das dafür notwendige „Fracking“ bald als „Geheimwaffe“ gegen Kriegszar Putin.



Alles soll auf den Prüfstand

Ukraine-Krieg: Lebensmittel werden in Deutschland zwar nicht knapp, manches aber teuer

Pflanzenöl im Supermarkt ausverkauft: Drohen Hamsterkäufe wie zu Beginn der Corona-Pandemie?

PAUL LEONHARD

Die Deutschen hamstern wieder. Aktuell alles, was nicht schnell verdirbt. Und sie bekommen mächtige Konkurrenz: „Die EU und der Bund müssen jetzt die Lebensmittellager bis unter die Decke füllen“, fordert Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler). Bei wichtigen Gütern wie der Nahrung müsse der Staat eingreifen und sich gezielt um die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln kümmern. „Wir werden nicht verhungern, aber es kann ganz schnell dramatische Auswirkungen auf den Getreidepreis geben, mahnt Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU).

Das Bundesamt für Katastrophenschutz (BBK) empfiehlt nicht erst seit Corona, immer einen gewissen Vorrat zu Hause zu haben. Denn seit die „Energiewende“ Fahrt aufgenommen hat, ist selbst in Friedenszeiten ein großer Stromausfall nicht mehr auszuschließen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium rechnet zudem mit einer weiteren Verteuerung von Lebensmitteln. Ernsthafte Versorgungsengpässe bei Agrarprodukten sind innerhalb der EU zwar nicht zu erwarten, aber global gesehen zeichnen sich schon jetzt Lieferprobleme ab.

Sorgenvoll schauen vor allem die Staatschefs der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens auf die Entwicklungen in der Ukraine: Werden die dortigen Bauern trotz des Kriegs ihre Felder bestellen? Bleibt die Infrastruktur intakt? Werden die Häfen wieder öffnen? Wohin wird Rußland seine Agrarprodukte künftig verkaufen? Allein in das danach gierende China? Die Araber waren einer der Hauptabnehmer für ukrainischen Weizen. Brot als Grundnahrungsmittel wird häufig subventioniert, um Volksaufständen vorzubeugen. Der europäische Weizenpreis ist seit Jahresbeginn von 270 auf rund 435 Euro pro Tonne gestiegen. „Die Nachfrage nach Weizen zur baldigen Lieferung ist beispiellos“, heißt es von der Beratungsfirma Agritel.

Die weltweiten Lagerbestände sind niedrig und reichen – die russischen und ukrainischen herausgerechnet – nicht einmal für drei Wochen. Deutschland mit seinem hohen Selbstversorgungsgrad importiert zwar kaum Getreide aus dem Osten, aber steigende Preise werden auch hierzulande Folgen haben: Die Ackerbauern werden mehr Einnahmen erzielen, aber auch mehr für Dünger bezahlen müssen. Tierhalter müssen jeden Cent umdrehen, wenn sie Futter zukaufen. Soja, das als Futter in der Mast benötigt wurde, kam bisher auch aus Rußland. Wenn aber Viehbauern nun aufgeben, sinkt

auch das Aufkommen von natürlichem Dünger, was wiederum zu einem Nährstoffdefizit führen könnte. Weniger Gülle – davon hatten Umweltschützer eigentlich immer geträumt.

Die globale Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg machen deutlich, daß in Krisen der Weltmarkt nicht funktioniert – mit gravierenden Auswirkungen nicht nur auf die „Just in Time“-Industrie. Nicht nur die Versorgung mit Halbleitern oder Rohstoffen stockt, sondern auch die Lieferung von Energie, Getreide und Kunstdünger. Aus der Ukraine – nach Rußland, den USA, Kanada und Frankreich der fünfgrößte Weizenexporteur – kann derzeit nichts geliefert werden, weil die Häfen geschlossen sind: 500.000 Tonnen Weizen und 1,7 Millionen Tonnen Mais warten derzeit nach Angaben der Firma Ukr-Agro-Consult auf den Weitertransport.

Kommt endlich wieder politische Unterstützung für deutsche Bauern?

Betroffen von der Weizenknappheit sind vor allem Ägypten, der Libanon und afrikanische Länder, die traditionell Getreide aus Rußland und der Ukraine beziehen. Auch die Türkei und Indonesien sind keine Weizen-Selbstversorger. Daß die Ukraine der weltweit größte Produzent und Exporteur von Sonnenblumenöl ist, daran werden auch die deutschen Verbraucher erinnert, wenn sie in die Supermarkt-Regale schauen. Es sind nicht nur Engpässe bei Speiseöl zu erwarten, sondern auch rapide Preissteigerungen. Der Rapsölpreis hat sich seit Beginn der Corona-Pandemie fast verdoppelt. Auf die wachsende Nachfrage der Kunden haben die Discounter schon mit Rationierung reagiert: Maximal vier Flaschen wurden vorige Woche pro Kunde noch verkauft.

Sonnenblumenöl könnte bald knapp und teuer werden, heißt es seitens des Verbandes der Ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (Ovid). Präsidentin Jaana Kleinschmit von Lengefeld weist auf die Einschränkungen für Produktion und Logistik von Ölsaaten in der Ukraine und insbesondere in der Schwarzmeergebiet, was „spürbare Einflüsse“ auf die Verfügbarkeit und Preise von Ölsaaten und deren Produkte in Deutschland haben werde. Nur sechs Prozent des Bedarfs wurden bislang aus eigenem Anbau gedeckt. Daher fuhr alle zwei bis drei Wochen ein Schiff aus der Ukraine mit 20.000 bis 30.000 Tonnen Sonnenblumenöl im Hafen von Rotterdam ein.

„Die Lage auf dem Markt für pflanzliche Öle ist sehr angespannt“, bestätigt auch Sébastien Poncet

vom Marktforschungsunternehmen Agritel. Weil die Ernte schlecht ausgefallen ist, gebe es auch nur wenig Lagerbestände an Sojaöl aus Lateinamerika und an Palmöl aus Indonesien und Malaysia. Obwohl 2021 zwei große europäische Hersteller aus der Produktion von Speiseöl ausgestiegen sind, sei die Versorgung mit Rapsöl nicht gefährdet, beruht Ovid-Geschäftsführer Momme Mathiesen die deutschen Verbraucher in der *Lebensmittel Zeitung*. Diese müßten sich jedoch auf weitere Preiserhöhungen einstellen. Dosenfisch, Gemüse, Hülsenfrüchte, Fleisch oder Olivenöl könnten immerhin zwischen fünf und 15 Prozent teurer werden.

Die Ernährungssicherheit und die Situation der deutschen Landwirtschaft sind neben der Energie und der Verteidigungsbereitschaft derzeit die wichtigsten Themen, die die Politiker umtreiben. Die EU-Stillegeprämien für Agrarflächen werden wohl schnell der Vergangenheit angehören. Stattdessen wird wohl – wie zu Zeiten des Kalten Kriegs – der Anbau von Lebensmitteln wieder gefördert werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe für natürlichen Dünger sind möglich – doch das ersetzt keinesfalls den Stickstoffdünger in der Intensivlandwirtschaft. Bislang kam dieser vor allem aus den neuen Paria-staaten Weißrußland und Rußland, wo die energieintensive Düngerproduktion wegen der niedrigen Erdgaspreise billig war.

Mit der Forderung, daß die EU bezüglich der Lebensmittelversorgung wieder autark werden solle, dürfte sich auch die ab 2023 geltende Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Agrarfläche erledigt haben. „Wir müssen in der EU alles noch mal auf den Prüfstand stellen“, verlangt Bayerns Agrarministerin Michaela Kaniber (CSU). Daß fordern die „Freien Bauern“, die kämpferische Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, schon lange: „Angesichts der drohenden Lebensmittelknappheit brauchen wir eine ökologische Intensivierung unserer heimischen Landwirtschaft, die nicht auf Export, sondern auf Selbstversorgung ausgerichtet ist“, so Bundessprecher Alfons Wolff. Die Politik müsse die deutschen Bauern gegen Billigimporte und die Macht der Monopole unterstützen: „Es muß sich wieder lohnen, Lebensmittel für den heimischen Markt zu produzieren“, so der Ackerbauer aus Landsberg bei Halle. Die Ernährungssouveränität wird auch Thema sein, wenn Ende März die deutsche Agrarministerkonferenz tagt.

BBK-Ratgeber für Notfallvorsorge:

► www.bbk.bund.de

► markt.agrarheute.com/marktfruechte-1/weizen-6

► www.ovid-verband.de/presse/meldungen

JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

Wir wachsen weiter und stellen ein:

- Kaufm. Leiter/-in
- Webdesigner/-in
- Buchhalter/-in
- Online-Redakteur/-in

Weitere Informationen unter jf.de/stellenangebote
Telefonische Rückfragen unter: 030/86 49 53 28

Chance nutzen,
jetzt bewerben!

JF

Demokratie
braucht
Meinungsfreiheit